

**Leitartikel: Erstmals hat die Armee an der Urne eine wirkliche Niederlage erlitten.
Das Nein zum Gripen ist eine Chance für neue Akzente in der sicherheitspolitischen
Debatte.**

Ein Nein, das neue Wege eröffnet

Von Daniel Foppa

Spätestens seit dem 9. Februar ist die Gewissheit dahin, dass sich das Volk in wirtschaftsrelevanten Fragen gegen Radikallösungen entscheidet. Gestern fiel der Grundsatz, dass Armeevorlagen stets eine Mehrheit erzielen. Zwar scheiterten bereits in früheren Jahren der Waffenplatz Rothenthurm und die Blauhelmvorlage vor dem Volk. Doch damals standen Fragen zu Umweltschutz und Neutralität im Vordergrund. Das Nein zum Gripen hingegen ist die erste wirkliche Niederlage, die die Schweizer Armee an der Urne einstecken muss.

Die Umfragen liessen ein solches Resultat möglich erscheinen. Als wahrscheinlicher galt jedoch, dass die Armeefreunde, die zur «Generalmobilmachung» aufgerufen hatten, ein Ja erwirken würden. Bewusst reduzierte Verteidigungsminister Ueli Maurer die Beschaffung der 22 Jets auf die Formel «Wer gegen den Gripen ist, ist gegen die Armee.» Üblicherweise genügt das, um eine Abstimmung zu gewinnen.

Ueli Maurers Waterloo

Dass es nun erstmals nicht reichte, hat mehrere Ursachen. Grundsatzkritik an der Armee kumulierte sich mit finanziellen Bedenken und Vorbehalten gegenüber der Typenwahl. Vor allem aber blieben die Befürworter die Begründung schuldig, weshalb die Beschaffung zum jetzigen Zeitpunkt wirklich unverzichtbar sein sollte. Für Ueli Maurer, der gestern sein politisches Waterloo erlebte, schien der Kauf zunächst nicht höchste Priorität zu haben. FDP-Chef Philipp Müller kanzelte den Gripen als «Papierflieger» ab, um ihn später als entscheidend für unsere Sicherheit zu erklären. Und die CVP gab wegen der unklaren Rolle

von Schweden und von Hersteller Saab im Abstimmungskampf entnervt den Kampagnen-Lead ab. So gewinnt man keinen Urnengang.

Weit cleverer agierten die Gegner. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hielt sich im Hintergrund, von wo aus sie Gripen-kritische Informationen streute. In der TV-Abstimmungs-«Arena» überliess sie beispielsweise die Rolle der Gegner einem grünliberalen Hauptmann und einer Sozialdemokratin, die sich zur Armee bekennt. Damit schaffte die GSoA genau das, was die Befürworter vergeblich zu verhindern versuchten: die Beschaffung von der Grundsatzfrage zur Armee zu entkoppeln.

Tatsächlich bedeutet das Nein zum Gripen weder ein Nein zur Armee noch die Abschaffung der Luftwaffe. Die Mehrheit in diesem Land will eine Armee, und eine Armee ohne Luftwaffe macht keinen Sinn. Mit dem gestrigen Nein werden aber drei Milliarden Franken gespart, die man mittelfristig in die Evaluation und den Kauf eines weniger risikobehafteten Jets der fünften Generation investieren kann. Dies ermöglicht auch den sinnvollen Übergang zu einer Einflottenpolitik. Absehbar ist ein neuer Urnenentscheid. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die Mehrheit dann für den Kauf aussprechen wird.

Weiter wie bisher geht nicht

Allerdings werden sicherheitspolitische Abstimmungskämpfe nicht mehr wie bisher geführt werden können. Armeevorlagen müssen stringenter begründet werden, damit sie auch in den Städten und in der lateinischen Schweiz eine Mehrheit finden. Das gilt auch für die bevorstehende Debatte zur Weiterentwicklung der Armee und zum neuen sicherheitspolitischen Bericht.

Dabei muss sich die Schweiz der Frage der stärkeren internationalen Kooperation stellen. Insbesondere Luftüberwachung und Luftverteidigung können nicht mehr ausschliesslich national bewältigt werden. Mitten in Europa eine isolationistische Sicherheitspolitik zu betreiben, die sich stark am klassischen Verteidigungsfall orientiert, ist ein Anachronismus. Zwar gilt derzeit selbst ein massvoller Ausbau der internationalen Kooperation als nicht mehrheitsfähig. Seit gestern ist jedoch klar, dass das Volk auch in Armeefragen unerwartete Akzente setzt.

Das Nein zum Gripen ist eine Chance für mehr Pragmatismus in der sicherheitspolitischen Debatte. Wie im Fall der heterogenen Gripen-Gegnerschaft sind neue Allianzen möglich. Allianzen, die sich nicht nur am bekannten Links-rechts-Schema orientieren. Und die scheinbar unverrückbare Grundsätze ins Wanken bringen können.